



GdP-Bundesfrauenverband

Newsletter 1/August 2006

Straftatbestand „Stalking“ soll Opfer besser schützen

In vielen Fällen sind die Opfer von Stalking schon heute nach geltendem Recht geschützt, weil Handlungen der Täter Straftatbestände wie die Beleidigung, Nötigung, Körperverletzung, Sachbeschädigung oder Hausfriedensbruch erfüllen. Ergänzt wird dieser strafrechtliche Schutz seit Januar 2002 durch das Gewaltschutzgesetz, das u. a. ein Kontakt- oder Näherungsverbot ermöglicht. Durch einen eigenen Straftatbestand „Stalking“ soll nun zusätzlich das Nachstellen als solches unter Strafe gestellt werden.

In der Debatte stehen derzeit ein Gesetzentwurf der Bundesregierung und eine Initiative des Bundesrates, die beide noch aus der letzten Legislaturperiode stammen und erneut eingebracht wurden. Für Oktober hat die Bundesministerin für Justiz, Brigitte Zypries, nun eine Expertenanhörung angekündigt. Vermutet wird, dass sich die Koalition zuvor auf einen für beide Koalitionspartner tragbaren gemeinsamen Entwurf einigen wird.

Das Positionspapier der GdP (April 2005) zu den derzeit vorliegenden Gesetzentwürfen steht im Mitgliederbereich der GdP-Homepage im Ressort Kriminalpolitik zum Download bereit.

Drucksache des Bundestages 16/575
<http://dip.bundestag.de/btd/16/005/1600575.pdf>

Drucksache des Bundesrates 551/04
http://www.bundesrat.de/cln_050/SharedDocs/Drucksachen/2004/0501-600/551-04.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/551-04.pdf



EU-Kommission

Die EU-Kommission will 2006 den Frauenanteil auf allen Führungsebenen signifikant erhöhen

und die Chancengleichheit in der Personalentwicklung verbessern. Weitere Infos unter http://europa.eu.int/luxembourg/docs/163-2006_de.pdf

Die Sachverständigengruppe Menschenhandel der EU-Kommission hat Ende 2004 einen Bericht vorgelegt, der inzwischen auch in deutscher Fassung abrufbar ist. Die Zusammenfassungen und Empfehlungen aus dem Bericht präsentiert der KOK auf seiner empfehlenswerten Web-Site unter <http://www.kok-potsdam.de/data/Medien/EU-Sachverst-BerichtMHdt.pdf>

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) beschlossen

Die EU-Richtlinien zum Diskriminierungsschutz standen zwingend zur Umsetzung an, so dass die im Juli erfolgte Einigung der Regierungskoalition auf ein neues „Antidiskriminierungsgesetz“ überfällig war.

Fortsetzung S. 2

Themen:

- Straftatbestand „Stalking“ soll Opfer besser schützen
- EU-Kommission
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) tritt zum 1.08.06 in Kraft
- Diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung
- Audit-Auszeichnung immer begehrter
- Girls' Day 2006
- Kampagne der IG BCE
Familienbewusste Personalpolitik: Beruf und Familie vereinbar machen
- GdP-Frauen vor Ort
- Zahlen, Daten, Fakten
- Termine/Veranstaltungen
- Zur Person
- Literaturtipp



Insbesondere das Recht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sich bei groben Verstößen des Arbeitgebers gegen das Benachteiligungsverbot an den Personalrat zu wenden und diesem oder einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft ein Klagerecht einzuräumen, ist ein Gewinn für die Arbeit der Personalräte. Weitere Infos unter http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abiszdb/abisz_search?kwd=Antidiskriminierung&showsingle=1

Diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung

Auf einer Fachveranstaltung des Gender-KompetenzZentrums mit dem Titel "Gender Mainstreaming in der Personalentwicklung" waren diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung und Eingruppierung im öffentlichen Dienst Hauptthemen. Vertreterinnen und Vertreter der Bundesministerien und aus den Landesverwaltungen diskutierten Anregungen aus der Wissenschaft sowie Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zu der praktischen Umsetzung diskriminierungsfreier Arbeitsbewertung und Eingruppierung. Ergebnisse der Tagung unter http://www.genderkompetenz.info/zentrum/angebote/veranstaltungen/fachgespraeche/fachtagung_arbeitsbewertung/

Audit-Auszeichnung immer begehrt

Weitere 141 familienfreundliche Unternehmen und Institutionen haben im Juni ihr Audit-Zertifikat erhalten, das sie für besondere Familienfreundlichkeit auszeichnet. Alle Preis-



trägerinnen und Preisträger haben sich vom auditberufundfamilie® oder audit familien-gerechte hochschule beraten lassen und gelernt, wie sie in ihren Strukturen, ihren Abläufen und in ihrer Personalpolitik die Erwerbsarbeit und das Familienleben ihrer Beschäftigten besser miteinander vereinbar und wirtschaftlich attraktiv machen können. Das auditberufundfamilie® ist eine Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, die vom Bundesfamilienministerium mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert wird.

Übrigens: die Ortspolizeibehörde Bremerhaven nimmt bereits an der Auditierung der Hertie-Stiftung teil. Ansprechpartnerin dort ist die Kollegin Marita Schewe (E-Mail: <mailto:m.schewe@polizei.bremerhaven.de>)

Weitere Infos unter <http://www.beruf-und-familie.de/index.php?c=audit.allgemein>

Girls' Day 2006

Auch in diesem Jahr haben am 27. April wieder zahlreiche Polizeidienststellen am bundesweiten „Mädchenzukunftstag“ teilgenommen. Der Girls' Day dient dazu Mädchen einen breiteren Blickwinkel für die Berufswahl zu bieten und ihnen die Chance einzuräumen auch technische, naturwissenschaftliche und mädchenuntypische Berufe kennen zu lernen. <http://www.girls-day.de/>



Beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg war vor allem das Kriminaltechnische Institut Anlaufstation für 32 Mädchen.

Kampagne der IGBCE Familienbewusste Personalpolitik: Beruf und Familie vereinbar machen

Der Anteil erwerbstätiger Frauen steigt stetig an. Frauen wollen sich heute nicht mehr zwischen Kind und Erwerbsarbeit entscheiden, sondern beides miteinander verbinden. Auch bei jungen Männern wird ein deutlicher Trend hin zu einer aktiven Übernahme der Vaterrolle beobachtet. In der Personalpolitik vieler Unternehmen spiegeln sich die Ansprüche der Beschäftigten allerdings noch nicht wieder. Anlass für die IG-IBCE-Kampagne "Familienbewusste Personalpolitik - Beruf und Familie vereinbar machen". <http://www.igbce.de/portal/site/igbce/menuitem.781052031dd88b639d37a210c5bf21>



GdP-Frauen vor Ort Im Schatten der WM – Podiumsdiskussion von DGB und GdP in Stuttgart

Am 31. Mai diskutierten Fachreferentinnen aus der Polizei, von Fachberatungsstellen und dem lokalen Bündnis gegen Zwangsprostitution miteinander, wie die Situation von Opfern der Zwangsprostitution verbessert werden kann. Die GdP-Bundesfrauenvorsitzende Sandra Temmen stellte dabei auch die Aktivitäten der Bundesfrauengruppe vor.



Jede Menge Info-Veranstaltungen in Schleswig-Holstein

Auf Initiative der GdP-Frauengruppe in Schleswig-Holstein standen Menschenhandel und Zwangsprostitution am 30. Mai 2006 im Mittelpunkt eines Informationsabends in der Stadtbibliothek in Itzehoe.



Neben einigen öffentlichen Info-Veranstaltungen werben unsere Schleswig-Holsteinerinnen auch innerhalb der GdP für die aktuellen Aktivitäten der Frauengruppe, u. a. ist ein Vortrag vor dem erweiterten Landesvorstand geplant.

Weitere Informationen zu den Aktivitäten der GdP-Frauengruppen in den Landesbezirken und Bezirken im Mitgliederbereich der GdP-Homepage unter www.gdp.de



Am 1. Juli 2006 waren 21,2 % der GdP-Mitglieder Frauen.

Beamtinnen im mittleren und gehobenen Dienst erhalten am Monatsende

netto rund 95 % dessen, was ihren männlichen Kollegen ausgezahlt wird. Im höheren Dienst liegt der Nettostundenlohn der Frauen rund ein Drittel unter dem der Männer. (SOEP-Sonderauswertung) 1.673.000 Frauen arbeiten in Deutschland regelmäßig in Wechselschichten. Das sind 10,5 % aller Erwerbstätigen in Deutschland. (Statistisches Bundesamt 2004)

Frauen in Deutschland 2006:

Das Statistische Bundesamt zeichnet anhand von statistischen Daten aus verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft ein umfassendes Bild, wie Mädchen und Frauen derzeit in Deutschland leben.

www.destatis.de

Zur Person

Monika Harms erste Generalbundesanwältin

Die bisherige Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof, Monika Harms, ist die erste Frau an der Spitze der Bundesanwaltschaft.



<http://www.generalbundesanwalt.de/de/index.php>

Termine/Veranstaltungen

28./29.8.2006/Potsdam

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der Frauengruppe (Bund)

29./30.8.2006/Potsdam

Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund)

13. – 16.11.2006/Berlin

GdP-Bundeskongress



Literaturtipp



Gioconda Belli: „Die Verteidigung des Glücks“
Dtv (November 2002), broschiert, 11.50 Euro

Sie will heiraten und Kinder kriegen, gleichzeitig beansprucht sie aber männliche Privilegien:

unabhängig zu sein, kämpferisch und selbstbestimmt. Aus Empörung über die sozialen Gegensätze in ihrem Land schließt Gioconda Belli sich deshalb dem sandinistischen Widerstand gegen die Somoza-Diktatur an.

Ein Doppelleben beginnt: Für die Öffentlichkeit liebende Ehefrau und Mutter, nimmt sie an konspirativen Treffen teil und gewährt Guerilleros Unterschlupf. Es folgen Jahre revolutionären und amourösen Abenteueriums. Beschattet und verfolgt, flieht Gioconda ins Exil. Als 1979 die Sandinisten den Sieg erringen, scheint für die schöne Revolutionärin, die nun zu einer der einflussreichsten Frauen Nicaraguas wird, die Utopie einer besseren, gerechteren Welt greifbar. Doch ihre Hoffnungen werden enttäuscht.

Impressum

Herausgeber:
Frauengruppe (Bund) der
Gewerkschaft der Polizei
Dagmar Hölzl
Stromstr. 4
10555 Berlin

Der Newsletter des GdP-Bundesfrauenvorstandes erscheint viermal jährlich in digitaler Form im PDF-Format.
Der Bezug ist kostenlos.

Bestellungen bitte unter:
<mailto:anja.weusthoff@gdp-online.de>